

1 GRUNDLAGEN DER KOMMISSIONSARBEIT

1.1 EINSETZUNG UND AUFTRAG DER PUK INFORMATIK

Am 21. März 2002 überwies der Landrat des Kantons Basel-Landschaft mit 42 : 30 Stimmen ein ergänztes Verfahrenspostulat der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei (SVP), das die «Einsetzung einer PUK zur Untersuchung der Evaluation¹, Implementierung² und Finanzierung von EDV-Projekten der Kantonsverwaltung, insbesondere des Projekts Neues Rechnungswesen (NRW) und der Software für die Personal- und Lohnadministration» forderte, an das Büro. Eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) solle untersuchen, weshalb die Einführung insbesondere der genannten wichtigen EDV-Projekte in der kantonalen Verwaltung derart pannenreich und schleppend verlaufe und welche direkten und indirekten Kosten diese Projekte bisher verursacht haben.³

In der Folge lud das Büro des Landrats Regierungsrat und Geschäftsprüfungskommission (GPK) ein, zur Frage der Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission Stellung zu nehmen.⁴ Die GPK verzichtete auf eine materielle Stellungnahme und wies lediglich darauf hin, dass sie durch die Untersuchung der Vorkommnisse rund um den Projektablauf des Um- und Erweiterungsbaus am Kantonsspital Liestal («GPK-PUK») schon stark belastet sei und deshalb für den Fall, dass der Landrat die Einsetzung einer Untersuchungskommission beschliesse, nur die Einsetzung einer *ordentlichen* parlamentarischen Untersuchungskommission in Frage kommen könne.⁵ Die Regierung anerkannte in ihrer Stellungnahme zwar das Bedürfnis des Landrats nach mehr Information über die laufenden EDV-Projekte; sie zweifelte aber am Sinn einer PUK, da diese kaum neue Erkenntnisse zu Tage fördern würde.⁶ Die Probleme seien erkannt und die nötigen Massnahmen eingeleitet worden. Die vorhandenen Kräfte seien nun nach vorwärts zu richten und sollten nicht durch Vergangenheitsbewältigung absorbiert werden. Zudem habe die Regierung selbst einen Bericht in Aussicht gestellt.⁷ Das Büro des Landrats erstattete am 23. Mai 2002 seinen Bericht zum Verfahrenspostulat.⁸

¹ Bewertung, vgl. Duden, Fremdwörterbuch, Band 5, 7. Auflage, Leipzig und Mannheim 2001, S. 287

² Software oder Hardware in ein bestehendes Computersystem einsetzen und so ein funktionsfähiges Programm erstellen, vgl. Duden, Fremdwörterbuch, Band 5, 7. Auflage, Leipzig und Mannheim 2001, S. 426

³ Verfahrenspostulat 2002/019 vom 24.01.2002; LRB 1565 vom 21.03.2002

⁴ gestützt auf § 64 Abs. 1 LRG

⁵ Schreiben der GPK vom 16.05.2002

⁶ Stellungnahme des Regierungsrates vom 21.05.2002

⁷ Aufgrund der Motion der FDP-Fraktion 2002/029 vom 07.02.2002

⁸ Geschäft Nr. 2002/135

Mit Beschluss vom 6. Juni 2002 (LRB 1556) setzte der Landrat eine parlamentarische Untersuchungskommission mit 9 Mitgliedern⁹ ein mit der Aufgabe, Evaluation, Implementierung und Finanzierung von EDV-Projekten der kantonalen Verwaltung, insbesondere des Projekts Neues Rechnungswesen (NRW) und der Software für die Personal- und Lohnadministration zu untersuchen.¹⁰ Am 20. Juni 2002 wählte das Büro 9 Mitglieder und 5 Ersatzmitglieder und bestimmte das Präsidium und das Vizepräsidium der PUK.

Am 10. September 2002 legte der Regierungsrat seinen Bericht zur Motion der FDP-Fraktion «Wie steht es mit der EDV im Kanton wirklich?» vor.¹¹ Das Büro des Landrats überwies diesen Bericht am 12. September 2002 zur Beratung an die PUK Informatik.

1.2 PERSONELLES

Mitglieder der PUK Informatik¹²:

Baumann Urs, Reinach (CVP, 20.06.2002 bis 30.6.2003)

Bognar Patrizia, Arisdorf (EVP, 20.06.2002 bis 30.6.2003)

Friedli Thomas, Aesch (SD, 22.08.2002 bis 05.02.2003)

Fuchs Beatrice*, Allschwil (SP, seit 20.06.2002)

Haegler Thomas, Gelterkinden (SD, 06.02.2003 bis 30.06.2003)

Mattmüller Heinz, Pratteln (SD, 20.06.2002 bis 21.08.2002)

Meschberger Regula*, Birsfelden (SP, seit 01.07.2003)

Moll Roger, Binningen (FDP, 31.10.2002 bis 30.06.2003)

Morel Etienne*, Münchenstein (Grüne, seit 01.07.2003)

Nufer-Gerster Juliana*, Laufen (FDP, seit 20.06.2002, Vizepräsidentin ab 31.10.2002)

Pegoraro Sabine, Pfeffingen (FDP, Vizepräsidentin vom 20.06.2002 bis 30.10.2002)

Rudin Christoph*, Birsfelden (SP, Präsident, seit 20.06.2002)

Rüegsegger Olivier, Allschwil (Grüne, vom 20.06.2002 bis 30.06.2003)

Schäfli Patrick*, Hersberg (FDP, seit 01.07.2003)

⁹ Auf Antrag der SP-Fraktion wurde die Kommission entgegen dem Antrag des Büros von 15 auf 9 Mitglieder verkleinert. Vgl. Protokoll der Landratssitzung vom 06.06.2002, S. 1608

¹⁰ Die Einsetzung der PUK gemäss Vorlage des Büros des Landrats 2002/135 vom 23.05.2002 wurde mit 52 Stimmen zu 31 Gegenstimmen beschlossen, vgl. Protokoll der Landratssitzung vom 06.06.2002, S. 1607 ff.

¹¹ LRV 2002/212 vom 10.09.2002 betreffend dringliche Motion der FDP-Fraktion 2002/029 vom 07.02.2002

¹² Mitglieder, welche bei der Schlussberatung und Verabschiedung des Gesamtberichts mitwirkten, sind mit einem * gekennzeichnet.

Völlmin Dieter*, Lausen (SVP, seit 20.06.2002)

Wegmüller Helen*, Münchenstein (SVP, seit 01.07.2003)

Zoller Matthias*, Therwil (CVP, seit 01.07.2003)

Ersatzmitglieder:

Friedli Thomas, Aesch (SD, 20.06.2002 bis 21.08.2002)

Mattmüller Heinz, Pratteln (SD 22.08.2002 bis 30.06.2003)

Moll Roger, Binningen (FDP, 20.06.2002 bis 30.10.2002, danach bis 30.06.2003 Mitglied)

Ringgenberg Hans-Jürgen, Binningen (SVP, seit 01.07.2003)

Schneeberger Daniela, Thürnen (FDP, 31.10.2002 bis 30.06.2003)

Schoch Philipp, Pratteln (Grüne, seit 01.07.2003)

Schulte Thomas, Oberwil (FDP, seit 01.07.2003)

Wegmüller Helen, Münchenstein (SVP, 20.6.2002 bis 30.06.2003, ab 01.07.2003 Mitglied)

Ziegler Röbi, Pratteln (SP, seit 20.06.2002)

Zwicky Peter, Münchenstein (CVP, seit 20.06.2002)

Die PUK Informatik wählte als juristische Mitarbeiterin und Sekretärin Seline Keiser (Muttentz), die ihre Arbeit Mitte August 2002 aufnahm. Ab März 2003 wurde das Sekretariat temporär durch Erich Buser (Frenkendorf) verstärkt, der als Protokollführer bei Befragungen eingesetzt wurde. Für das Lektorat des Schlussberichts konnte Marie-Therese Borer (Augst) gewonnen werden.

1.3 FINANZIELLES

Bei der Einsetzung der PUK am 6. Juni 2002 beschloss der Landrat in Ziffer 4: *«Die im Zusammenhang mit der Tätigkeit der PUK anfallenden Kosten werden bewilligt»*. Der Antrag eines Landrats, ein Kostendach von CHF 200'000.– festzulegen, wurde mit 45 : 34 Stimmen abgelehnt.¹³

Die in der Folge gegen Ziffer 4 des Landratsbeschlusses vom 6. Juni 2002 betreffend Einsetzung der PUK erhobene Beschwerde eines Landrats wies das Kantonsgericht des Kantons Basel-Landschaft mit Urteil vom 30. Oktober 2002 ab.¹⁴ Der Beschwerdeführer hatte zur Begründung seiner Beschwerde angeführt, Ziffer 4 des Landratsbeschlusses verletze das Volksrecht, wonach Beschlüsse des Landrats über neue einmalige Ausgaben von mehr als CHF 500'000.– dem fakultativen Referendum unterstehen.¹⁵ Aufgrund der Komplexität der Materie werde die PUK Sachverständige beiziehen müssen, deren Honorare erhebliche Ausmasse annehmen könnten. Dem hielt das Kantonsgericht in seiner Urteilsbegründung entgegen, die PUK handle für das Landratsplenum, weshalb der Landrat seine endgültige Ausgabenkompetenz nach § 36 Abs. 2 Kantonsverfassung auch dieser Kommission delegieren könne. Zudem sei der Aufgabenbereich einer PUK im Landratsgesetz eng umschrieben¹⁶, so dass die damit verbundenen Ausgaben als gebunden betrachtet werden können und damit dem fakultativen Referendum entzogen seien.

Demnach konnte die PUK ohne Kostendach, also ohne formell bezifferte finanzielle Schranken, arbeiten. Die PUK Informatik hat bis Ende Mai 2004 gegen CHF 200'000.– gekostet. Dieser Betrag setzt sich insbesondere aus den Sitzungsgeldern und Löhnen zusammen. Für externe Berater hat die Kommission lediglich CHF 1'000.– ausgegeben.¹⁷

¹³ Protokoll der Landratssitzung vom 6. Juni 2002, S. 1608 (LRB 1556)

¹⁴ Verfahren Nr. 2002/218

¹⁵ gemäss § 31 Abs. 1 lit. b der Kantonsverfassung

¹⁶ § 64 Abs. 2 lit. a–e LRG

¹⁷ Zum Vergleich: Die Gesamtkosten der Untersuchung der am 19.06.1991 vom Gemeinderat Zürich eingesetzten Untersuchungskommission, welche den Auftrag hatte, eine umfassende Untersuchung der Geschäftsführung der «Organisation und Informatik Zürich» (OIZ) und der dezentralen EDV-Einheiten seit 1984 durchzuführen, und Richtlinien für eine effiziente, zukunftsorientierte Informatikstruktur über den gesamten Verwaltungsbereich der Stadtverwaltung zu beantragen, beliefen sich auf CHF 2.7 Mio., was weniger als 2 % der während des Untersuchungszeitraums angefallenen Informatikkosten der Stadt Zürich entspreche (vgl. Bericht der Untersuchungskommission an den Gemeinderat von Zürich «Informatikeinsatz der Stadt Zürich» vom Juli 1993, S. 1 Ziff. 1 und S. 6 Ziff. 2.6).